

**55. Jahreshauptversammlung
des
Freie Wähler Landesverbandes Baden-Württemberg e.V.
am 14. Mai 2011 in Friesenheim, Ortenaukreis**

**Gastreferat des
Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg
Landrat Helmut M. Jahn, Hohenlohekreis**

70180 Stuttgart, Alte Weinsteige 48
E-Mail: freie-waehler-bw@t-online.de

Telefon 0711 / 6 40 48 35
Telefax 0711 / 6 40 52 80
Internet: www.freie-waehler-bw.de
Konto-Nr. 234205008, BLZ 60090100
Stuttgarter Volksbank

Zusammenfassung:

Er ging in seinem Gastreferat auf die kommenden Aufgaben der Landkreise ein und stellte die Meinung des Landkreistags auch gegenüber der neuen Landesregierung dar.

Er unterstützte die Forderung der Freien Wähler, Bürgermeister müssten weiter in die **Kreistage** wählbar bleiben. Ihr Fachverstand und Kenntnis der Kreisgemeinden seien die Arbeit in den Kreistagen wichtig. Für die **Volkswahl der Landräte** sei sein Verband offen.

Die 35 **Landkreise** seien gut arbeitsfähig und erfolgreich. Eine Änderung in Regionalkreise brächten keine Vorteile auch wenn diese Aufgaben der Regierungspräsidien übertragen bekämen. Ein Delegation von Aufgaben der Kreise an größere Gemeinden würden eine Gemeindereform auslösen die niemand wolle und die politische Probleme auslösen würde.

Die **Finanzen der Landkreise** würden zu einem immer größeren Problem. Die Steuerkraft der Landkreise würden nur um 1 % steigen, die Sozialausgaben aber um jährlich 4-5 %. In 10 Jahren seien die Sozialabgaben um 56 % gestiegen. Eine Korrektur dieser Entwicklung sei erforderlich.

Der **demografische Wandel** würde vor allem in ländlichen Bereich Arbeitskräftemangel auslösen. Die **ärztliche Versorgung** vor allem im ländlicher Raum würde zum Problem werden. Dem können nicht durch eine finanzielle Beteiligung der Kommunen an der Sicherung der ärztlichen Versorgung begegnet werden. Diese sei Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Krankenkassen. Mehr Ausbildung von Allgemeinmedizinern sein eine Aufgabe des Landes an den Universitäten.

Trotz Konzentration der Aufgaben und Kooperation unter den **Kliniken** seien vor allem Kliniken im ländlichen Raum von einer Unterfinanzierung bedroht die nur durch eine Neuregelung der Krankenhausfinanzierung durch den Bund entschärft werden könne. Das Land müssen den Investitionsstau von einer Milliarde Euro dringend auflösen.

Zur **Daseinsvorsorge** der Gemeinden und Landkreise gehören auch nach Auffassung der EU die Wasserversorgung, die Abwasserversorgung, die Energieversorgung und die Abfallbeseitigung.

Die geplante **Änderung der Abfallrechts** durch den Bund, nach der noch mehr Einschränkungen der öffentlichen Entsorgung der Haushaltsmülls und des hausmüllähnlichen Gewerbemülls geplant seine, müsse gestoppt werden. Die Ausklammerung der verwertbaren Anteile aus der öffentlichen Müllentsorgung zu Gunsten der privaten Entsorger würde die öffentlichen Abfallgebühren zu Lasten der Bürger steigen lassen.

15. 5. 2011
Georg Hiller, LGF